

Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 38

Berlin, den 19. September 1931

2. Jahrgang

Zur 2. Reichskonferenz der Landstraßenwärter

Nachdem die Novemberrevolution des Jahres 1918 auch den Landstraßenwärtern das uneingeschränkte Koalitionsrecht, d. h. das Recht des Zusammenschlusses in gewerkschaftlichen Organisationen gebracht hatte, traten die Kollegen auch bald in großer Zahl dem früheren Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter bei. Ein erfreulich reges Gewerkschaftsleben blühte bald auf, um so erfreulicher gerade deshalb, weil die Mitglieder dieser Arbeitnehmergruppe sehr verstreut und viele Kilometer weit voneinander weg wohnen. Mustergültig für alle Arbeitnehmer sind ihre Versammlungen besucht trotz der meilenweiten Wege zum Versammlungslokal, mustergültig sind auch ihre Versammlungsdebatten. Daneben legen die Landstraßenwärter noch besonders großen Wert auf ihre Berufsaus- und -weiterbildung durch Versammlungsvorträge usw. So ist es immer eine Freude, ihren Zusammenkünften beizuwohnen. Auf diese Weise haben sich die Landstraßenwärter zu gut geschulten Berufsarbeitern und zu einer gewerkschaftlichen Kerntruppe in einer Stärke von 16 000 Mitgliedern in unserem Gesamt-Verbande entwickelt.

Im Jahre 1926 erwies sich bereits die Notwendigkeit, daß die Landstraßenwärter zu einer Reichskonferenz zusammenkommen mußten, um ihre gemeinsamen beruflichen Interessen zu besprechen. Diese erste Reichskonferenz am 20. und 21. November 1926 in Braunschweig fand bereits so starke Beachtung, daß zahlreiche Vertreter von Straßenbau- und -unterhaltungsbehörden ihr beiwohnten, Baurat Schütte hielt einen Vortrag über „Erfahrungen mit neuzeitlichen Fahrbahnbesetzungen“ und Garteninspektor Ziegler sprach über „Baumpflanzung und Baumkultur an den Landstraßen“. Diesen rein sachlichen Vorträgen folgten gewerkschaftliche Referate der Kollegen Rudolf Weich, Franz Meißner und Emil Dittmer. Eine zu diesen Vorträgen angenommene Entschließung erklärte, im Einklang mit den Ausführungen des Kollegen Dittmer, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer der öffentlich-rechtlichen Betriebe und Verwaltungen, womit gesagt war, daß sie die Splittergruppen der Landstraßenwärter in den christlichen Gewerkschaften und anderen Organisationen ablehnten. Ferner wurden neun verschiedene Programmforderungen an die Arbeitgeber der Landstraßenwärter aufgestellt.

Fünf Jahre sind seitdem verfloßen. Das deutsche Gewerkschaftsleben hat ein teilweise anderes Gesicht erhalten. Es sind gewerkschaftliche Konzentrationen erfolgt; darunter auch der Zusammenschluß des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit anderen Organisationen zum „Gesamt-Verband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe usw.“ Die Beschlässe von Braunschweig sind auf den Gesamt-Verband übergegangen. Dieser ist jetzt in noch stärkerem Maße die Einheitsorganisation aller Arbeitnehmer der öffentlich-rechtlichen Betriebe und Verwaltungen als es der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter war, und er hat nun die Programmforderungen der Landstraßenwärter zu verfechten.

Am 18. und 19. September 1931 wird die Zweite Reichskonferenz der Landstraßenwärter in Dresden abgehalten. Sie wird prüfen, was seit Braunschweig erreicht wurde. Darüber werden die Referate des Leiters der Reichsabteilung A des Gesamt-Verbandes, Kollegen Karl Polenske, über „Die Landstraßenwärter im Gesamt-Verband“ und des Leiters der Reichsfachgruppe Kämmererbetriebe, Kollegen Georg Reuter, über die „Lohn- und Arbeitsverhältnisse der deutschen Landstraßenwärter“ Auskunft geben. Sie werden über manchen Fortschritt im sozialen Aufstieg der

Landstraßenwärter referieren können, aber auch über manchen harten Kampf berichten müssen, der zu führen war in Abwehr von Verschlechterungen, die den Landstraßenwärttern in der gegenwärtigen, unerhört großen und schweren Wirtschaftskrise drohen. Die Konferenz wird aber auch Wege weisen müssen, wie die Verschlechterungen abzuwehren sind, und wie der weitere Aufstieg der Landstraßenwärter auf der sozialen Stufenleiter zu ermöglichen ist. — Daß die Konferenz in Dresden aber auch der weiteren beruflichen und wirtschaftlichen Fortbildung der Landstraßenwärter dienen will, beweisen die außerdem auf die Tagesordnung gesetzten Referate über: „Die deutschen Landstraßen“ von Oberbürgermeister a. D. Dr. Heymann und „Die Baustoffe und Maschinen im Landstraßenbau und in der Landstraßenunterhaltung“ von Landesbaurat Kluge.

Unsere grundsätzliche Forderung ist, daß neben anderen öffentlichen Unternehmungen auch der Straßenbau und die Straßenunterhaltung und -wartung in kommunaler oder staatlicher Regie ausgeführt werden aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen. Dresden, unsere Konferenzstadt, ist hierin jahrzehntelang vorbildlich gewesen. Es hat fast durchgängig seine Straßen aller Arten (Makadam-, Steinpflaster-, Holzpflaster- und Asphaltstraßen) in eigener Regie gebaut und unterhalten und nur dann und wann diese Arbeiten an private Unternehmer vergeben. Dabei zeigte sich stets, daß städtischer Straßenbau und städtische Straßenunterhaltung der privaten in jeder Beziehung überlegen waren. Leider hat Dresden in der Nachkriegszeit diese Praxis mehr und mehr verlassen, schon zu einer Zeit, als die Finanznot die Stadt zur Einschränkung des Straßenbaues noch nicht zwang. So beträgt die Zahl der Tiefbauarbeiter heute nur noch 300. Und wie die Landstraßenwärter zu den bestorganisierten Arbeitern im Gesamt-Verband im allgemeinen rechnen, so waren die Dresdener Tiefbauarbeiter (wozu die Straßenbauarbeiter und Straßenreiner gehören) von jeher die bestorganisierten Arbeiter innerhalb unserer Dresdener Ortsgruppe. Sie zählen sogar zu den Mitbegründern des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Der im Jahre 1896 ins Leben gerufene „Verein der städtischen Tiefbauarbeiter Dresdens“, der später dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter beitrug, war die erste freigewerkschaftliche Organisation Dresdener städtischer Arbeiter.

Dresden ist aber auch im allgemeinen historischen Boden der modernen Arbeiterbewegung. Noch zu Lebzeiten Lassalles, im Jahre 1864, führte bereits der Kupferschmied Försterling den Dresdener Arbeiterbildungsverein dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zu und rief somit die erste sozialdemokratische Parteiorganisation Dresdens ins Leben. Seitdem hat sich jene kraftvolle politische, gewerkschaftliche und konsumgenossenschaftliche Bewegung in Dresden entwickelt, die allen Stürmen, die über sie hereinbrachen, trotzig standhielt und sich heute noch allgemeiner Achtung in Deutschland erfreut. Dresden, zu beiden Seiten der Elbe gelegen, zwischen den herrlichen Höhen von Wachwitz bis zur Köhntz und von Räcknitz bis Cosselbaude, ist von Natur aus schon eine schöne Stadt. Darüber hinaus zeugen aber die wunderbaren Barockbauten, die großartigen Park- und Gartenanlagen, die zahlreichen Kunst- und naturwissenschaftlichen Sammlungen von dem Kunst- und Schönheitssinn der Stadt.

So erwartet die Teilnehmer der Konferenz neben reichlicher Gewerkschaftsarbeit auch manches Interessante, Angenehme und Schöne. Wir wünschen der Konferenz gedeihliche Arbeit zum Wohle der Landstraßenwärter und den Delegierten angenehmen Aufenthalt im schönen Elbflorenz! **Georg Renner.**

RGO.-Streik in Düsseldorf

Die im Dienste der KPD. stehende RGO., die während der zentralen Lohnverhandlungen ihre „gewerkschaftliche“ Tätigkeit einzig und allein darin erblickte, im Verein mit der KPD.-Presse nur auf die „Gewerkschaftsbürokratie“ zu schimpfen, hielt es nach Abschluß der Verhandlungen für angebracht, in drei rheinischen Städten, Düsseldorf, Duisburg und Essen, wilde Streiks zu inszenieren. Ueber den Verlauf dieses Streiks in Düsseldorf wird uns geschrieben:

Die Düsseldorfer Mitgliedschaft des Gesamt-Verbandes, zu der nicht nur SPD., sondern auch KPD.-Anhänger und politisch Indifferente gehören, hat bei ihren Zusammenkünften stets gewünscht, daß unsere Verbandsleitung über die Forderung der Notverordnung vom 5. Juni 1931 mit der Reichsregierung verhandle. Kaum, daß dem Wunsche der Mitgliedschaft entsprochen war und die gewünschten Verhandlungen begannen, schrieb die kommunistische „Freiheit“ unter dem 21. August 1931:

„Heute sollt Ihr verraten werden! Zerreißt den Abwürgungsplan der Bürokratie!“

Am gleichen Tage hat — nach dem Bericht der „Freiheit“ — der RGO.-Betriebsrat des Fuhrparks eine Versammlung einberufen, in der der kommunistische Parteisekretär Schulte sich als Referent und Sachwalter der Gemeindearbeiter aufspielte. Der Bericht der „Freiheit“ über diese Versammlung enthält folgenden Satz in Fettdruck:

„Der Vertreter der Wohlfahrtsarbeiter erklärte, daß in sämtlichen Baustellen geheime Abstimmungen stattgefunden haben, in der die Kollegen mit 90 Proz. beschloffen haben, den Streik der Gemeindearbeiter zu unterstützen!“

Dabei hat sich der größte Teil dieser Arbeiter gar nicht an der Abstimmung beteiligt, weil die Mehrzahl der Wohlfahrtsarbeitslosen auf besonderen Arbeitsplätzen beschäftigt ist und mit den städtischen Betrieben gar nichts zu tun hat. Außerdem werden diese Arbeiter nicht von der Tarifänderung der Gemeindearbeiter berührt, da sie nach Tarifverträgen für verschiedene Industrien entlohnt werden. Wie die 90 Proz. aussehen, geht daraus hervor, daß von den 4900 Wohlfahrtsarbeitern, die in Frage kamen, nur ganze 220 Mann während des Streiks nicht gearbeitet haben.

Die Vorarbeiten zu der von der RGO. geplanten Aktion begannen damit, daß am 25. August Betriebsratsmitglieder der RGO. von der Stadtverwaltung die Aushändigung von Wahlurnen und der Wählerlisten der letzten Betriebsratswahlen verlangte. Sie brachten dem Arbeitgeber gegenüber zum Ausdruck, daß sie dieses Material gebrauchten zum Zwecke der Abstimmung darüber, ob der Arbeitgeber bestreikt werden sollte oder nicht. Bezeichnend ist, daß die „Ueberrevolutionären“ den Arbeitgeber um Hilfe zur Durchführung eines Streikbeschlusses baten.

Als sich dann durch Urabstimmung (deren Ergebnis auf seine Richtigkeit nicht einmal nachzuprüfen ist) ergab, daß nur etwa ein Drittel der Fuhrparksarbeiter für einen Streik gestimmt hatten, brachte die „Freiheit“ dieses Ergebnis mit verlegener Zurückhaltung. Sonst ist für keinen städtischen Betrieb eine Abstimmung über Streik oder Nichtstreik vorgenommen worden.

Dieser offensichtliche Mißerfolg mußte wettgemacht werden; deshalb veranstaltete man am folgenden Mittwoch Demonstrationen sowie Kundgebungen, zu denen man durch folgendes Flugblatt aufforderte:

„Daraus zur Solidaritäts-Kundgebung für die kämpfenden Gemeindearbeiter am Freitag, dem 28. August usw. . . Erwerbslose, Betriebs-, Wohlfahrts- und Pflichtarbeiter und Mittelständler, erscheint in Massen. Zentrale Streitleitung. — Erwerbslosen-Ausschuß. — Obsteuere-Ausschuß der Wohlfahrtsarb. RGO. KPD. ZAG.“

Anschließend an die Demonstration wurde eine Versammlung abgehalten, an der sich außer einem Teil der Fuhrparks- und Kanalarbeiter auch einige kleine Gruppen anderer städtischer Betriebe beteiligten sowie Düsseldorfer und auswärtige Erwerbslose und Wohlfahrtsarbeiter. Diese buntschekige Versammlung beschloß, nachdem der KPD.-Sekretär Schulte seinen Speech losgelassen hatte, daß am Donnerstag die Arbeit im Fuhrpark und Kanalbetrieb ruhen soll. Die „Freiheit“ schrieb über diese Versammlung:

„Düsseldorfer Gemeindearbeiter beschließen den Streik! Ueberfüllte Betriebsversammlung der Fuhrparks- und Kanalarbeiter.“

Den Anwesenden wurde von dem KPD.-Bonzen Schulte erzählt, daß sich die Gemeindearbeiter überall im Streik befänden. Schulte war krappellos genug, zu verschweigen, daß in derselben Stunde, in der er die Düsseldorfer städtischen Arbeiter zum Streik aufspießte, seine Parteigenossen und Führer der RGO. in Duisburg und Essen bereits beschloffen, die Arbeit am folgenden Tage

wieder aufzunehmen. Selbst die in dieser Versammlung anwesenden Duisburger Deputation fand nicht den Mut, den städtischen Arbeitern dies zu sagen; hätten sie es getan, so hätte sich noch mancher gefunden, der den Schwadronneuren auf die Finger geklopft hätte.

Wie es mit der RGO. als „Kampforganisation“ aussieht, zeigte die „Freiheit“, die verlangte, daß

„unverzüglich in allen Betrieben und bei den kleinen Geschäftslenten und Kleinbauern eine sofortige und großzügige Sammelaktion vorzunehmen werde.“

Unter dem 28. August 1931 schreibt dann das KPD.-Blatt:

„Nach getätigten Verhandlungen im Rathaus, wo die christlich-reformistische Bürokratie das Versprechen abgab, alle Mittel zur Organisierung des Streibruchs anzuwenden, berief sie für gestern nachmittag im Düsseldorfer Paulushaus eine gemeinsame Verbandsmitgliederversammlung ein, in der Hoffmann und Kanabay die freiwillig getätigte Lohnabbaueinbarung zu verteidigen suchten und den Verbandsmitgliedern die Anweisung gaben, um jeden Preis heute morgen wieder die Arbeitsaufnahme zu erzwingen.“

Die „Freiheit“ verschweigt, daß die Organisationsvertreter von der Verwaltung zu einer Besprechung aufgefordert waren, in der geklärt werden sollte, ob die Gewerkschaften hinter dieser wilden Bewegung ständen, um sie gegebenenfalls zum Schadenersatz zu zwingen. — Die Versammlung mußte dann stattfinden, um den gewerkschaftlich organisierten Kollegen Bericht über die ganze Lage zu geben. Die „Freiheit“ verschweigt, daß die überfüllte Versammlung einmütig der Auffassung war, daß die Aktion erfolglos und zum Schaden der städtischen Arbeiter auslaufen müßte. Am folgenden Tage meldeten sich bereits fünf Sechstel der Arbeiter zur Arbeit. Wenn ein solch großer Teil Arbeitswilliger sich trotz der Terrorakte meldete, so hat das seine Ursache darin, daß die Kollegen während des Donnerstags gemerkt hatten, wie sie von den sogenannten Führern der RGO. und KPD. belogen worden waren. Viel hat auch das Verhalten des Vorsitzenden des RGO.-Betriebsrats vom Fuhrpark dazu beigetragen. Dieser Mann hat sich äußerst „revolutionär“ in den Versammlungen betragen, während er vom Arbeitgeber als einer derjenigen hingestellt wurde, mit denen die Verwaltung am besten fertig werden könnte. Es schien diesem Obmann brenzlich zu werden, und er schrieb eiligst nachstehenden „schönen“ Brief:

Düsseldorf, den 26. August 1931.

Herrn Wings, Oberschirrmeister.

Teile Sie mit, daß ich vom Arzt von morgen den 27. 8. 1931 ab arbeitsunfähig geschrieben bin und gleich zur Spezialuntersuchung erscheinen muß. Werde also morgen meine Arbeitsunfähigkeit gleich morgen an der Krankenkasse melden.
Ditto Pech, Obmann.

Der Streik war also schon am Freitag zusammengebrochen. Nunmehr zeigte es sich, daß die ganze Bewegung lediglich der KPD. das Wasser auf die Mühle treiben sollte. Mit allerlei Instrumenten bewaffnet, wurden die städtischen Arbeiter von außerhalb des Betriebes Stehenden nicht nur bedroht, sondern auch tätlich angegriffen. Es bildeten sich Terrorhorden, die sich aus Kreisen der Düsseldorfer und auswärtiger Erwerbslosen zusammensetzten. Die Wohnungen städtischer Arbeiter wurden von diesen Elementen überwacht, Fensterscheiben wurden zertrümmert, in die Wohnungen wurde eingedrungen, die Möbel wurden beschädigt, die Kleider riß man den Kollegen vom Leibe; die Kollegen wurden blutig, zum Teil bewußtlos geschlagen. Da die Arbeiter über das ganze Stadtgebiet verteilt waren und sich die Terrorakte abwechselnd in verschiedenen Stadtteilen abspielten, unsere Kollegen es aber ablehnten, unter polizeilichem Schutz zu arbeiten, war das Eindämmen dieser Terrorakte schwierig.

Die Geduld der städtischen Arbeiter ging aber zu Ende, und es wäre zum offenen Kampf der städtischen Arbeiter gegen diese Terrorhorden gekommen, wenn die RGO. am 30. August nicht beschloffen hätte, daß der „Streik“ ab 31. August beendet sei. Die KPD.-Presse sagte, er würde deshalb beendet, um einen Kampf der Arbeiter gegen Arbeiter zu vermeiden.

Dem Gesamt-Verband, dem die RGO. die Schuld am Zusammenbruch ihrer Bewegung zuschiebt und der von ihr nicht genug beschimpft und verleumdet werden konnte, ist nun die Aufgabe zugefallen, die schon längst geplanten Arbeiterentlassungen, zu deren Durchführung die „Ueberrevolutionäre“ der Verwaltung die beste Möglichkeit gaben, soweit wie möglich zu verhindern und dafür zu sorgen, daß die von der Arbeit ferngehaltenen städtischen Arbeiter vor einem Lohnausfall bewahrt bleiben. In beiden Beziehungen hat sich bereits die Arbeit der Organisation gelohnt.

Diese wilde Bewegung bedeutet kein Ruhmesblatt für die an ihr beteiligten Gemeindearbeiter. Solche Experimente dürfen sich

nicht wiederholen. Lohnkämpfe müssen geordnet mit gewerkschaftlichen Mitteln geführt werden, wobei erforderlichenfalls auch zum Streik gegriffen wird. Wilde RGO-Streiks aber schädigen nur die Arbeiter. Stärkung des Gesamt-Verbandes und gewerkschaftliche Disziplin sind die besten Voraussetzungen für erfolgreiche Lohnbewegungen.

Jahresabschluss eines städt. Fuhrparks Ueberschuf trotz Wirtschaftskrise.

In Nr. 43 der „Gewerkschaft“ vom 25. Oktober 1930 haben wir den zahlenmäßigen Nachweis erbracht, daß städtische Fuhrbetriebe den Kommunen und damit auch den Steuerzahlern erhebliche finanzielle Vorteile zu erbringen in der Lage sind. Wir konnten uns hierbei stützen auf die günstigen Ergebnisse des städtischen Bezirksfuhrparks Berlin-Treptow. Dieser Fuhrpark, der nach kaufmännischen Grundsätzen geführt wird, hat kürzlich eine Jahresbilanz über das Geschäftsjahr 1930 veröffentlicht. Ist es an sich schon erfreulich, daß ein städtischer Betrieb in voller Öffentlichkeit über seine Arbeit berichtet, so verdient diese Bilanz insbesondere deshalb das Interesse unserer Kollegenschaft, da sie die Vorwürfe gegen die kommunalen Betriebe zahlenmäßig widerlegt. Auch unseren Kollegen wird durch diesen Jahresabschluss ein gutes Zeugnis ausgestellt. Sämtliche Arbeiter des Betriebes sind Mitglieder unserer Organisation.

Nach dem vorliegenden Jahresabschluss per 31. März 1931 hat sich der Umsatz des Fuhrparks in der Berichtszeit gegenüber dem Vorjahre infolge der Sparmaßnahmen der Stadt Berlin um 84 510,87 Mk. verringert. Er betrug 297 147,80 Mk. Die Handlungskosten sind im Berichtsjahr um fast die Hälfte gesenkt worden, obgleich die Arbeiterlöhne eine Erhöhung um durchschnittlich 2,5 Proz. erfahren haben. Seit Januar 1931 ist im Betriebe die 44stündige Arbeitswoche eingeführt. Im Berichtsjahr wurde ein Rohgewinn von 31 264,64 Mk. erzielt. Die Höhe der Abschreibungen beträgt beim Wagenpark mehr als 30 Proz. und bei den Maschinen 20 Proz. des Anschaffungswertes. Die Lagerbestände sind mit einer 15prozentigen Minderbewertung aufgeführt. Da auch schon in den Vorjahren die Abschreibungen sehr hoch waren, steht nunmehr am 31. März der gesamte Fuhrpark einschließlich einer Werkstatt mit motorischen Maschinen, Ersatzteilen und Werkzeugen nur noch mit 9 609,53 Mk. zu Buch.

Der Wagenpark besteht aus: 3 Personenwagen (eine sechsstufige Mercedes-Limousine, eine sechsstufige Benz-Limousine, eine sechsstufige Opel-Limousine), 5 schweren Lastkraftwagen, 3 Traktoren, 10 Anhänger (teilweise mit Kippvorrichtung), 4 Pferde und 18 Wagen.

Sämtliche Wagen sind, mit Ausnahme der Mercedes-Limousine, bis auf je 1 Mk. abgeschrieben. Hieran erkennt auch der Nichteingeweihte ohne weiteres die erhebliche Unterbewertung des Fuhrparks in der Bilanz und damit die Solidität des Unternehmens. Dies geht auch aus den folgenden Zahlen deutlich hervor. Die Debitoren (also die Schuldner, an die der Fuhrpark Forderungen hat) sind mit 5 246,25 Mk., die Kreditoren (die Gläubiger, die an den Fuhrpark Forderungen haben) nur mit 803,89 Mk. ausgewiesen. Der Kassenbestand betrug am 31. März 1931 48 998,08 Mk. Da der Betrieb in dieser Höhe nicht benötigt, sind 20 000 Mk. an den Kammerer zur Minderung des Kapitalkontos abgeführt worden, das damit auf 10 018 Mk. herabgesetzt werden konnte. 10 000 Mk. wurden als Reservefonds und der Rest von 19 894,90 Mk. als Erneuerungsfonds in bar angelegt. Schließlich wurde noch eine weitere Herabsetzung des Fuhrtarifs von 10 bis 20 Proz. beschlossen.

Dieses günstige Ergebnis eines kommunalen Betriebes in einer Zeit starker wirtschaftlicher Depression, in der viele Privatunternehmungen zusammengebrochen sind, widerlegt schlagend die aus privatkapitalistischen Kreisen stammenden Angriffe auf die kommunale Wirtschaft. Dazu kommt, daß es für die Kommunen besonders schwierig ist, Fuhrbetriebe wirtschaftlich zu gestalten, da die Privatkonzurrenz sich auf diesem Gebiete besonders stark bemerkbar macht. Es mag auch kommunale Fuhrbetriebe geben, die ohne Zuschüsse nicht existieren können. Daher wird auch in unseren Kreisen vielfach die Auffassung vertreten, daß es unmöglich für die Stadt sei, mit privaten Fuhrunternehmern zu konkurrieren. Die Ergebnisse des Bezirksfuhrparks Berlin-Treptow beweisen indes das Gegenteil. Wie bei allen wirtschaftlichen Unternehmungen hängt natürlich auch bei derartigen Betrieben der Erfolg von der Leitung ab, und wenn unseren Kollegen bei ihren Forderungen die Unrentabilität kommunaler Fuhrbetriebe entgegengehalten wird, dann können sie auf das Treptower Beispiel verweisen. Was in Treptow möglich ist, muß auch anderen Orts möglich sein.

Reichs- und Staatsarbeiter

Krankengeldzuschuß. Der Reichsminister der Finanzen gibt in Nr. 20 des Reichsbesoldungsblattes bekannt:

„Der Gesamt-Verband der Krankenkassen Deutschlands e. V. hat sich gutachtlich dahin ausgesprochen, daß der nach § 27 L.N.R. zu gewährende Krankengeldzuschuß als Zuschuß und nicht als Arbeitsentgelt im Sinne des § 189 der Reichsversicherungsordnung anzusehen ist, so daß ein Ruhen oder eine Kürzung des Krankengeldes gemäß der vorbezeichneten Bestimmung der Reichsversicherungsordnung seitens der Krankenkasse nicht in Frage kommt.“

Landstraßenwärter

Wolmirstedt. Zu der Betriebsversammlung der Kreisstraßenwärter am 2. September in Magdeburg waren sämtliche Kollegen erschienen. Unter Betriebsangelegenheiten wurden von mehreren Kollegen Beschwerden geführt. Dann wurde unter „Teerangelegenheit“ erläutert, daß die Schutzkleidung beim Teeren so ausfallen muß, daß die Unterkleidung nicht beschmutzt wird. Ebenfalls erhoben Klage die invalide gemordeten Kollegen über ihren abgewiesenen Urlaub, den sie noch bekommen müßten. Gauleiter Siljberg referierte dann über die letzten Lohnverhandlungen und die Wirtschaftskrise. Die Versammlung verlangte, auf keinen Fall die Löhne der Straßenwärter noch zu kürzen, da sie schon niedrig genug gestellt sind. Zum Schluß gab Kollege Re d l e r den Kassenbericht vom zweiten Quartal.

Aus unserer Bewegung

Baugen. In der gut besuchten Sektionsversammlung der Gemeindegewerkschaft am 29. August gab Kollege H e r o l d den Bericht von den Verhandlungen zwecks Abbau der Löhne. Ein Sturm der Entrüstung brach los, als er den Artikel eines Arbeitnehmers und Führers des Deutschen Beamtenbundes, des Herrn Pöfsmeyers und Reichstagsmitglieds M o r a t h, in der Deutschen Postzeitung zur Verlesung brachte. In diesem Artikel macht Herr Morath die Regierung gegen die Gemeindegewerkschaft scharf und übt Kritik daran, daß die Reichsregierung unserer Verhandlungskommission so weit entgegengekommen sei. Herold schloß seinen Bericht mit der Mahnung, nun erst recht zusammenzuhalten, trotz Nazi, Stahlhelm und RGO, denn nur durch festen Zusammenschluß könne das noch kommende Schicksal abgewehrt werden. Anschließend gab Kollege F r i t s c h e einen Stimmungsbericht von dem am 26. August in Dresden tagenden Landesversammlung. In der geführten Aussprache kam zum Ausdruck, daß die Kollegenschaft die Schritte und Tätigkeit der Verhandlungskommission und Verhandlungsführung voll und ganz anerkennt, aber nicht willens ist, weiterhin den Sündenbock abzugeben, auf dessen Rücken sich die Wirtschaftskrise voll auswirken soll. Sie sind vielmehr der Meinung, daß durch eine weitere Herabsetzung der Löhne, ohne daß die Preise gesenkt werden, die Wirtschaftskrise niemals behoben werden kann. Die Fälle Danat- und Bremer Bank, Lahusen (Mordwolle) und der Korruptionsfall im Dewaheim (Innere Mission usw.) zeigen, daß das jetzige kapitalistische Wirtschaftssystem abgewirtschaftet hat und dieses nicht berechtigt ist, Kritik an den Betrieben der öffentlichen Hand zu üben. Alle Kollegen müssen die Angriffe auf die Betriebe der öffentlichen Hand abwehren helfen. — Kollege P r i m k e berichtete von den Ausfahrten und teilte mit, daß am 20. September die Museen in Dresden besichtigt werden sollen.

RUNDSCHAU

An die „seligen“ Zeiten des Hilfsdienstgesetzes erinnert ein Aufruf, den der Nazibürgermeister von Ohrdruf und Staatsrat a. D. Marschler am 28. August 1931 erlassen hat. Der Aufruf lautet:

„Verschiedene notwendige Arbeiten am städt. Allgemeinbau haben der dringenden Erledigung. Da zu deren Durchführung Mittel ohne Steuererhöhung nicht mehr zur Verfügung stehen, beabsichtige ich mit vorläufig 20 jungen Ohrdruffer Einwohnern einen freiwilligen Arbeitsdienst durchzuführen. Der Ruf der Stadt ist ernst gemeint und richtet sich an die, die in den jetzigen ernsten Zeiten noch soviel Idealismus aufbringen, ihre Arbeitskraft auch einmal unter Notbedingungen zur Verfügung zu stellen. Als Gegenleistung ist bei vier- bis fünfständiger Arbeitsleistung ein warmes Mittagessen gedacht. Um weitere Gegenleistungen sind wir bereits bemüht. Wer mitmachen will, möge sich schriftlich melden unter Angabe von Namen, Alter und der Wohnung. Ausgesteuerte werden bevorzugt. Genaue Erklärung gebe ich bei der Zusammenstellung der Kolonne. Ich bemerke noch, daß es sich bei den beschriebenen Arbeiten nicht um solche handelt, die dem ortsanfässigen Handwerk entzogen werden sollen.“

Wie uns mitgeteilt wird, sollen sich bereits 35 Nazijünglinge gemeldet haben, die bereit sind, bei 4- bis 5stündiger Arbeitszeit für ein warmes Mittagessen zu arbeiten.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Ein Arbeitslosen-Siedlungsplan

Ueber einen Siedlungsplan des Reichsfinanzministers Dietrich, der Arbeitslose zu Gartenbauern machen will, wird in so bestimmter Form bereits in der Tagespresse geschrieben, daß wieder eine Notverordnung demnächst als fast sicher zu erwarten steht. Man beabsichtigt, bis zum nächsten Frühjahr rund 100 000 Arbeitslose in Kleinsiedlungen anzufügen, wobei im wesentlichen die Krisenunterstützten und die Wohlfahrtserwerbslosen, also Schichten, die schon lange aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden sind, berücksichtigt werden sollen. Als Größe der Siedlerstellen sind zwei bis vier Morgen in Aussicht genommen. Wichtig und entscheidend ist es, daß die Arbeitslosen selbst an dem Aufbau der Siedlung mitarbeiten und grundsätzlich die Möglichkeit zu käuflichem Erwerb haben sollen. Auf Einfachheit und Einheitlichkeit der Siedlungen soll besonderer Wert gelegt werden, die Anlage von Gas, Wasser und Elektrizität soll der Privatwirtschaft bleiben. Man rechnet im besonderen damit, daß in der Nähe von Berlin etwa 20 000 bis 25 000 Kleinsiedler auf einem Gelände von 50 000 Morgen untergebracht werden können. Zur Durchführung soll als dem Kanzler unmittelbar unterstellten Reichskommissar für Kleinsiedlungsweisen der Reichskommissar für die Osthilfe, Treviranus, vorgehen sein. Die Beschaffung von privatem Siedlungsland darf nur erfolgen, wenn die Hypothekengläubiger sich verpflichten, ihre Darlehen für die Dauer ihrer Laufzeit stehen zu lassen.

Die entscheidende Frage der Finanzierung — man rechnet mit einem Gesamtkostenaufwand von 250 Millionen Mark — denkt man durch eine Inanspruchnahme der Hauszinssteuermittel zu lösen. Die Kosten für ein Siedlungshaus werden mit etwa 2000 Mk. veranschlagt. Die Entlohnung der beschäftigten Arbeitslosen soll in der Höhe der Unterstützungsbeiträge erfolgen, wobei jeder Arbeitslose als Äquivalent die Anwartschaft auf Errichtung einer Kleinsiedlerstelle erhalten soll.

Zu dem ganzen Plan ist noch manches zu sagen, wenn das Unheil, das so manche Siedlung betroffen hat, verhütet werden soll.

Deutsche Gärtner im Ausland

England. Aus einem Briefe des Kollegen G. Schulze. Einen Verband der Gärtnerarbeiter gibt es wohl in England nicht; ich habe jedenfalls darüber nichts Bestimmtes erfahren können. Es ist gewiß des öfteren versucht worden, unsere Kollegen zusammenzufassen, jedoch stets ohne Erfolg. Die Hauptursache dürfte in den vielen Kleinbetrieben liegen, die so sehr zerstreut gelegen sind. Die Arbeitszeit beträgt in den Handelsgärtnereien im Sommer durchweg 54 Stunden und im Winter 48 Stunden in der Woche. In allen Betrieben ist am Sonnabend um 12 1/2 Uhr Arbeitsluß. Der Sonntagsdienst ist sehr beschränkt; in Betrieben mit etwa 30 Beschäftigten machen zwei Mann rund zwei Stunden am Sonntag Dienst. Jede Sonntagsarbeit, mag sie auch noch so kurz sein, wird mit dem vollen Tagelohn bezahlt. Wie in Holland und in Amerika kennt man auch in England keine eigentliche Lehrzeit. In der Regel fangen die Kollegen mit dem 15. Lebensjahr als Bursche in einem Betrieb an und erhalten anfänglich 12 bis 15 Schilling (1 Schilling = 1 Mk.) die Woche. Von zwei zu zwei Jahren gibt es dann eine Lohnzulage. Junge Leute im Alter von unseren Junggehilfen erhalten 35 bis 40 Schilling, ältere Kräfte 4 Pfund und gute Kräfte 6 Pfund = 120 Mk. in der Woche und darüber. Beschäftigung von Ausländern in England ist nur möglich, wenn dafür ein Engländer in dem Austauschland beschäftigt wird. Die Arbeitsintensität ist im allgemeinen bedeutend geringer als in Deutschland; nur in einigen Betrieben wird so intensiv gearbeitet wie hier. Die Lage der Gärtnerei leidet in England ebenfalls unter der großen Wirtschaftskrise. Trotzdem geht es der Gärtnerei besser als manchem anderen Beruf; Amerika ist ein sehr guter Kunde englischer Erzeugnisse.

Gärtnerische Rundschau

Musterhafte Wirtschaftsführer. Die Geschäftsführung des Obstgroßmarktes Volkach G. m. b. H. hatte 1929 einen Fehlbetrag von 6000 Mk.; 1930 beseitigen sich die Schulden schon auf 15 000 Mk. Sie sind nach der „Gärtnerbörse“ auf dunkle Geschäfte zurückzuführen. Jetzt versagte die Generalversammlung dem Vorstand und Aufsichtsrat die Gefolgschaft, lehnte Entlastung ab und verlangte Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Zweifellosgesehen nach dem großen Vorstoß, das der „große“ Reichsverband der Gartenbauern gegeben hat.

AUSLAND

Die Gärtnerjugend im Olympiafestzug. Im Festzug der Arbeiterolympiade in Wien im Juli dieses Jahres marschierte, und zwar an der Spitze der Lehrlingssektionen der österreichischen Gewerkschaften, eine starke Gruppe der Gärtnerjugend unseres österreichischen Bruderverbandes. Blumengeschmückt in ihrer hübschen einheitlichen Wanderkleidung fand sie auch deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil ihr auf zwei Fahrrädern das aus roten und gelben Blumen gefertigte Abzeichen der freien Gewerkschaftsjugend vorangeführt wurde. Beim Vorbeimarsch an den Ehrengästen des damals in Wien tagenden internationalen Sozialistenkongresses wurde diesen durch eine Jugendkollegin ein schöner Blumenstrauß als froher Gruß der organisierten Gärtnerjugend überreicht.

Erwerbsgärtnerei

18 Stunden Arbeitszeit. Gelegentlich einer Sitzung des Arbeitsgerichts Frankfurt a. M. wurde in Sachen Engelmann gegen den Gärtnerbesitzer Peter Buchsbaum, Kalkheim im Taunus, durch Zeugenaussagen bestätigt, daß in dessen Betrieb die Arbeitszeit von morgens 3 Uhr bis abends 11 Uhr dauerte mit nur kurzen, unregelmäßigen Essenspausen. Wenn der Betriebsinhaber, in dessen Wohnhaus auch die Gehilfen wohnen, angibt, dies sei monatelang ohne seinen Auftrag durch den ersten Gehilfen veranlaßt worden, so dürfte aber feststehen, daß der Arbeitgeber von dieser unerhörten Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft gewußt und sie geduldet hat. Wir fragen das Gewerbeaufsichtsamt: Sind die gärtnerischen Arbeitnehmer der Arbeitgeberwillkür völlig preisgegeben; will man nicht endlich dem Urteil des Reichsgerichts und dem Gesetz Achtung verschaffen?

Neuer Lohnvertrag für die Erwerbsgärtnerei Dresden. Die Verhandlungen über Neuabschluß des Lohnvertrags wurden vor dem Schlichtungsausschuß geführt. Die Unternehmer verlangten Herabsetzung des Spitzenlohns von 71 auf 65 Pf., Herausnahme der Lehrlingslöhne und Abschluß nur für einen Monat. In sechsständiger Verhandlung gelang es dem Vorsitzenden, die Parteien zu einigen. Der Spitzenlohn wird von 71 auf 68 Pf. herabgesetzt, die anderen Löhne dementsprechend. Die Lehrlingslöhne betragen für das erste Jahr 7,20 Mk., für das zweite Jahr 10,10 Mk., für das dritte Jahr 13 Mk. (früher 7,20, 10,10, 13 Mk.). Der Dreieratetanzzuschlag beträgt wie bisher 5 Proz. Das Abkommen gilt bis 31. Oktober 1931. Einem solchen Abkommen zuzustimmen, ist unseren Verhandlungsführern nicht leicht geworden in Anbetracht der ohnehin niedrigen Löhne in Sachsen. Ausschlaggebend ist aber die Tatsache, daß ohne vertragliche Regelung vollständige Lohnanarchie eintritt.

In Frankfurt a. M. haben die Unternehmer den Lohnvertrag zum 15. September, in Offenbach Mantel- und Lohnvertrag zum 31. August gekündigt.

Aus den Ortsfachgruppen

Berliner Gärtnerjugend in Queblinburger Samengärtnereien. Unsere Berliner Jugendgruppe hatte in diesem Jahre als Ziel ihrer Ferienfahrt den Harz gewählt und hat sich bemüht auch bei dieser Gelegenheit die fachlichen Kenntnisse zu erweitern. Und die besuchten Queblinburger Samengärtnereien von Sachs und Dieppe boten denn auch wiederum viel Neues und Lehrreiches. Die wenigsten hatten sich, wenn sie im Lehrbetrieb die kleinen Samentüten in die Hand bekamen, eine Vorstellung von den gewaltigen Ausmaßen und technischen Einrichtungen der Queblinburger Betriebe machen können. Jetzt sehen sich die Dinge anders an. Daß die Jugendgruppe auch sonst sehr rührig und bestrebt ist, das Fachwissen ihrer Mitglieder zu erweitern, zeigt ihr diesjähriges Winterprogramm. Dasselbe enthält u. a. folgende fachliche Lichtbildervorträge: „Kultur und Pflege der Orchideen“; „Die Kakteen in der Heimat und in der Kultur“; „Friedhofsgestaltung in alter und neuer Zeit“; „Neuzeitliche Schädlingsbekämpfung“; „Die Anwendung der verschiedenen Düngerarten“; „Moderne Binderei und Dekoration“. Außerdem werden bei jeder Gelegenheit Führungen und fachliche Exkursionen veranstaltet.

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO16, Mühlackstraße 42
Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin SO36, Schießstraße 42